

Die Gleichheit

Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen

Mit der Beilage: Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 15 Pfennig.
Durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Bestellgeld
95 Pfennig; unter Kreuzband Nr. 1.45.

Stuttgart
31. Januar 1919

Zuschriften sind zu richten an die
Redaktion der Gleichheit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Köpenick 14838.
Expedition: Stuttgart, Furtbachstraße 12.

Sturmtage.

Unter schwersten innerpolitischen Stürmen hat das neue Jahr begonnen. Um so erschütternder wirkten die Ereignisse der zweiten Januarwoche auf das ohnehin noch lockere und unsichere Gefüge der jungen sozialistischen Republik, als sie ganz unerwartet kamen.

Die Revolution hatte bis dahin einen überraschend ruhigen Verlauf genommen. Wohl hatten Anfang Dezember und unmittelbar vor Weihnachten unerfreuliche Botschaften spartakistischer Art einige Unruhe hervorgerufen. Aber der gesunde Sinn der deutschen, besonders der Berliner Arbeiterschaft hatte ihre Wirkungen bereits zu überwinden begonnen. Der Rätekongress hatte die Nationalversammlung gesichert und ihren Termin erfreulich weit vorgezogen. Durch das unweidige Bekenntnis der großen Mehrheit des Rätekongresses zur alten Sozialdemokratie war endlich Einheitlichkeit in die Regierung gekommen, die im Interesse einer gesicherten Erledigung der zahlreichen und höchst dringlichen Regierungsgeschäfte auch außerordentlich notwendig war.

So sahen sich die Unabhängigen und ihre rücksichtslosen Bundesbrüder, die Spartakisten, immer mehr in der Isolierung. Kein Zweifel konnte mehr darüber bestehen, daß das deutsche Volk weder von der hinterhältigen und zweideutigen Politik der Unabhängigen noch von der fanatischen Gewaltpolitik der Spartakisten etwas wissen wollte.

In dieser Situation griffen die Spartakisten zum letzten und gewaltsamsten Mittel. In der Nacht vom 5. zum 6. Januar besetzten Spartakistenbanden den „Vorwärts“ und die übrige Berliner Presse mit Ausnahme der rechtsstehenden Organe. Auch in diesem Punkte zeigte sich wieder die schon früher öfters zutage getretene Seelenverwandtschaft zwischen der äußersten Linken und der äußersten Rechten. Die Gebäude der vergewaltigten Zeitungen wurden zu wahren Festungen ausgebaut. Aus allen Fenstern lugten die Maschinengewehre hervor. Hinter ihnen standen die bis an die Zähne bewaffneten Spartakisten. Schwer bewaffnete Banden brandschakelten die Umgebung der beschlagnahmten Häuser und schleppten Vorräte auf Vorräte in die Zeitungsfestungen. Nach den Zeitungen wurden andere wichtige Punkte von den Spartakisten besetzt: die Reichsdruckerei, die das gegenwärtig leider so wichtige Papiergeld zu drucken hat, die Proviantämter, Kasernen, Bahnhöfe.

In allen Maßnahmen zeigte sich eine ordnende Hand, die seit langem die nötigen Vorbereitungen getroffen hatte. Das Hauptquartier der spartakistischen Gewaltmaßnahmen war das Berliner Polizeipräsidium unter seinem damaligen Präsidenten Eichhorn. Hier liefen alle Fäden zusammen. Wahrscheinlich hatte der Polizeipräsident, der für die „Sicherheit“

Berlins zu sorgen hat, schon seine ganze bisherige Tätigkeit seit dem 9. November nebenbei dazu benutzt, die spartakistische Gegenrevolution vorzubereiten.

Die Reichsregierung und die Berliner Arbeiter hatten bis dahin eine große Geduld gegenüber den spartakistischen Untrieben gehabt. Immer dringlicher waren schon in der vorhergegangenen Zeit an die Reichsregierung die dringenden Anforderungen aus allen Kreisen der Bevölkerung, besonders auch aus den Kreisen der eigenen Sozialdemokratischen Partei, herangetreten, mit energischen Maßnahmen sich der näher rückenden Gefahr zu erwehren. In bürgerlichen Kreisen hatte sich sogar bereits die Meinung festgesetzt, daß es der Regierung an der nötigen Entschlußkraft fehle und sie lieber das Reich auseinanderbrechen lasse, als daß sie zu energischen Maßnahmen greife.

Diese Vorwürfe gegen die Regierung waren unrichtig. Wenn die Regierung nicht früher von ihrer Macht Gebrauch machte, so lag das daran, daß diese Macht noch nicht genügend gefestigt und gesichert war. Ein Zugreifen mit unzureichenden Mitteln müßte die Dinge noch mehr verschlimmern, anstatt sie zu verbessern. Sodann aber darf man auch nicht übersehen, daß es für jede Volkregierung, besonders aber für eine sozialistische, eine ungeheure Verantwortung bedeutet, den Befehl zu gewalttätigem Niederwerfen regierungsfeindlicher Gewalten zu geben. Einer sozialistischen Regierung ist jedes Menschenleben heilig, und es ehrt sie nur, wenn sie lieber mit der äußersten Geduld alle friedlichen Mittel anwendet, ehe sie zum letzten gewalttätigen Mittel und zum Blutvergießen schreitet.

Aber durch die spartakistischen Gewalttätigkeiten vom 5. und 6. Januar, durch den Raub der Zeitungen mittels Maschinengewehren und Handgranaten war eine neue Situation geschaffen. Jetzt konnte es keine Geduld, keine Rücksicht, kein Zuvarten mehr geben. Die Berliner Parteiorganisation ergriff in einem Aufruf, in dem die leidenschaftliche Empörung gegen die spartakistischen Gewalttätigkeiten loderte, die Initiative. Sie forderte am Montag früh durch ein Flugblatt die Arbeiter zur Demonstration gegen Spartakus und für die Regierung auf. Der Erfolg war überwältigend. In wenigen Stunden waren Hunderttausende von Männern und Frauen vor der Reichskanzlei versammelt und schützten gewissermaßen mit ihren Leibern die gefährdete sozialistische Regierung. Der vom Rätekongress eingesetzte Zentralrat erteilte der Regierung weitgehende Vollmachten, die Regierung selber aber ernannte ihr neues Mitglied Noske zum Oberbefehlshaber in und um Berlin mit dem Auftrag, alle nötigen Maßnahmen zu treffen.

Das geschah von derselben Stunde an. Allerdings entzog sich Noskes Tätigkeit noch für mehrere Tage, fast für eine Woche, der Öffentlichkeit. Er organisierte im stillen und unbemerkt die nötige Truppenmacht, die erforderlich war, um

dem spartakistischen Spuk ein für allemal ein Ende zu machen. Inzwischen ging der Kampf in den Straßen Berlins hin und her. In der ersten Hälfte der Woche glaubte Spartakus noch obenauf zu sein. Rücksichtslos ließ er seine Maschinengewehre in allen Stadtteilen knattern und seine Handgranaten explodieren. Jeden Tag versammelte er in der Siegesallee die irreführenden Arbeiter, die sich hinter seine Fahnen stellten.

Aber von der Mitte der Woche an begann der Umschwung. Aus den Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiter heraus bildete sich eine republikanische Schutztruppe; die republikanische Sicherheitswehr, die schon längere Zeit bestand, ergriff die Offensive, regierungstreue Truppen aus Berlin und Potsdam stellten sich zur Verfügung, und am Freitag der Woche konnte endlich der Hauptschlag gegen die spartakistischen Kämpfer geführt werden. Der „Vorwärts“ wurde umstellt unter Wahrung aller militärischen Notwendigkeiten, und mit Hilfe von Maschinengewehren, Geschützen und Handgranaten, die die schöne Front des Gebäudes zerrissen und zertrümmerten, wurde das Organ der sozialistischen Arbeiter Berlins für sie zurückerobert.

Es liegt eine erschütternde Tragik in der Tatsache, daß Arbeiter gegen Arbeiter kämpfen mußten. Wohl waren und sind die Arbeiter einig über das Ziel: sie wollen die sozialistische Gesellschaftsordnung. Aber die Meinungsverschiedenheiten über den Weg zu diesem Ziel in Verbindung mit den nervenaufreibenden Wirkungen des viereinhalbjährigen Krieges haben einen Teil der Arbeiter so weit von dem eigentlichen gewaltigen Heerhaufen der sozialistischen Arbeiterklasse abgeführt, daß auch in diesem Fall leider die „Ultima ratio“, das Schwert entscheiden mußte.

Wir Sozialdemokraten stehen der spartakistischen Bewegung nicht mit der aus Verständnislosigkeit und Angst geborenen Entrüstung gegenüber wie der lediglich um seine Ruhe besorgte Spießbürger. Wir wissen, daß es unter den Spartakisten ideale Fanatiker gibt, die sich aus reinsten Motiven der Bewegung zur Verfügung gestellt haben. So ist es bezeichnend, daß berühmte Künstler, die sich sonst so gut wie niemals um das politische Leben bekümmerten, mit leidenschaftlicher Sympathie sich in den Dienst der spartakistischen Sache gestellt haben, weil sie von ihr eine Verwirklichung Tolstojischer Weltverbrüderungspläne erwarten. Aber gerade Tolstoj würde mit der ganzen Wucht seiner großen Persönlichkeit gegen die Gewaltmethoden des Spartakus aufgetreten sein. Denn die idealen Fanatiker in der spartakistischen Bewegung bilden nur ein kleines Häuflein, obendrein sind sie praktisch einflusslos. Anders zu beurteilen sind die geistigen Führer der Bewegung, die zwar aus wissenschaftlicher Überzeugung heraus, aber zugleich mit einer alle wirklichen Verhältnisse leugnenden Rücksichtslosigkeit ihre Ziele zu verwirklichen trachten. Daneben gibt es im spartakistischen Lager eine Reihe von Persönlichkeiten, die teils aus Naturanlage, teils als Folge der nervenzerrüttenden Wirkungen des Krieges nicht mehr völlig normal sind und aus diesem Grunde den Maßstab für die Wirklichkeit verloren haben. Dazu kommen die vielen ehrgeizigen Streber und Machtpolitiker, die es selbstverständlich auch in jeder Volksbewegung gibt und die durch den Sieg ihrer Sache für sich persönlich eine einflussreiche Stellung erhoffen.

Allen diesen Persönlichkeiten ist es durch Überredung und durch eine skrupellose demagogische Agitation gelungen, größere Arbeitermassen für sich auf die Beine zu bringen. Zudem sie sich nicht scheuten, die niedrigsten Instinkte der Arbeiter wachzurufen, ihnen unerfüllbare Versprechungen zu geben, indem sie die durch den Krieg bis zum äußersten ge-

„Arbeiter, helfst!“

In harter Arbeit, in Not und Tod
Kam zu uns ein Schrei, der Stunde Gebot:
„Arbeiter, helfst!“

Da reckten sich Tausende horchend empor,
Und andere Tausende traten hervor — — —
„Arbeiter, helfst!“

Ihr, die ihr gerufen mit Sorge im Ton,
An die ihr euch wendet, sie warteten schon:
„Arbeiter, helfst!“

Eine Mauer wird stehen, nun füget sie gut.
Ein Wille, ein Volk mit starkem Mut:
„Arbeiter, helfst!“

Lotte Müller.

spannten Nerven der Arbeiter und Arbeiterfrauen noch mehr anzogen, indem sie ohne Gewissensstrudel die traurigen Wirkungen des Krieges in bezug auf die Arbeitsverhältnisse, auf die Ernährung, auf die Familie für sich ausnützten, kurz indem sie alle die vielen Feuer der Unzufriedenheit, die der Krieg im ganzen Lande entzündet hat, anzublajen und zu schüren suchten, konnten sie einen gewissen Einfluß auf die Arbeiter gewinnen.

Aber man darf hoffen, daß die Ereignisse in Berlin und die leider auch in einigen anderen Gegenden Deutschlands entstandenen spartakistischen Unruhen der großen Mehrheit der revolutionären deutschen Arbeiterklasse die Augen völlig über die spartakistische Gefahr geöffnet haben. Spartakus will die Revolution um der Revolution willen. Er will keine Ruhe und Ordnung, sondern eine sich in steten Wellen immer wieder erneuernde revolutionäre Erschütterung des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens in der Hoffnung, nach einer völligen Zertrümmerung der bestehenden Gesellschaftsordnung auf deren Trümmern eine neue Welt aufbauen zu können.

Das ist eine wahnwitzige Politik. Die alte Sozialdemokratie, hinter der die gewaltige Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse steht, hat die Revolution vom 9. November gebilligt und durchgekämpft nicht um ihrer selbst willen, sondern um durch die Revolution die überlebten Gewalthaber eines für den Untergang reifen Regierungssystems zu stürzen und die Bahn freizumachen für ein neues demokratisches und freies Deutschland.

Wir wollen durch Demokratie zum Sozialismus. Wir vertrauen auf den gesunden Sinn des Volkes. Wir glauben, wenn das Volk die volle Freiheit der politischen Betätigung, die volle Freiheit des Wortes, der Vereinigung, die volle Mitbestimmung in allen öffentlichen Angelegenheiten hat, daß es dann diese Freiheiten und diese Rechte so anwenden wird, daß sie das Wohl des gesamten Volkes sichern.

Daß wir durch die Demokratie zur sozialistischen Wirtschaftsordnung gelangen, steht für uns außer Zweifel, denn der Sozialismus ist nicht ein Wunsch oder eine Forderung, sondern er ist eine aus der Entwicklung des Wirtschaftslebens herauswachsende gesellschaftliche Notwendigkeit. Er hätte sich auch unter dem alten System Bahn gebrochen, allerdings nur langsam und mühselig. Die Demokratie dagegen wird den Gang der Entwicklung zum Sozialismus außerordentlich beschleunigen, und je rascher wir zur Ordnung im Innern und zu gesicherten Zuständen gelangen, je eher die Arbeit in unserem gesamten Wirtschaftsleben wieder aufgenommen wird,

je eher die wirtschaftliche Organisation im Bunde mit der Wissenschaft und Technik an dem Ausbau unseres Wirtschaftslebens arbeiten können, um so eher wird der Sozialismus als die unser ganzes wirtschaftliches, soziales und kulturelles Leben beherrschende Weltanschauung und Wirtschaftsform triumphieren.

Diese Zuversicht hat uns bisher in den schweren Jahren des Krieges und in den zum Teil noch schwierigeren Monaten der Revolution aufrechterhalten, sie läßt uns auch über alle Sorgen und Kümernisse der Gegenwart hinaus auf eine freundliche Zukunft für unser deutsches Volk hoffen. Mit machtpolitischem Ehrgeiz ist es ein für allemal vorbei. Aber es gibt andere Ziele für ein demokratisches Volk, als politische Herrschaftsgelüste gegenüber anderen Völkern. Gehen wir gemeinsam an die Arbeit, Männer und Frauen, suchen wir mit Ernst und Gewissenhaftigkeit, mit Fähigkeit und idealem Sinn das schöne Ziel zu verwirklichen, das Sichte mit den Worten gekennzeichnet hat: „Wir wollen errichten ein Reich des Rechtes und der Wahrhaftigkeit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschengesicht trägt.“

Was nun?

Über den Ausfall der Wahl zur Nationalversammlung lauten die Nachrichten, soweit unsere Partei in Betracht kommt, sehr günstig. Auch in Preußen wird man, bis diese Nummer der „Gleichheit“ in die Hände der Leserinnen kommt, gewählt haben, so daß nur noch wenige Wahlergebnisse aus einzelnen Bundesstaaten abzuwarten sind. Und schon heißt es wieder alle Kräfte sammeln zu den Gemeindevahlen, die höchstwahrscheinlich in Kürze über das ganze Reich angeordnet werden. Auch die Stadtvertretungen werden nach demokratischen Grundsätzen gewählt werden, sie werden die wichtigsten Verwaltungskörperschaften des neuen Deutschlands sein, weil sie

in vieler Beziehung die ausführenden Organe der gesetzgebenden Körperschaft sein werden. Auf den Geist, der in ihnen herrscht, kommt es an, darauf, ob die sozialen Grundsätze der Gesetzgebung lebendige Tat werden können. An uns wird es sein, diesen Körperschaften den lebendigen Odem des sozialistischen Geistes einzuhauhen. In möglichst großer Zahl müssen wir hinein in die Gemeindevertretungen, hier ist das große Arbeitsgebiet der Frauen für die Zukunft.

Doch wir haben auch noch eine andere wichtige Aufgabe zu erfüllen. Die neue Zeit verlangt eine starke Vermehrung und gründliche Durchbildung unserer Kräfte. Es hat sich bei dieser Wahlarbeit gezeigt, daß wir einen starken Mangel an rednerisch geschulten und sozialistisch durchgebildeten Frauen haben. Unsere augenblickliche Sorge muß es deshalb sein, die Zahl dieser Genossinnen zu vermehren, ihr Wissen zu vertiefen. Sehr gangbar scheint ein Weg zu sein, den unsere leitende Genossin in Köln schon während des Wahlkampfes beschritten hat. Ein kleiner Kreis interessierter Genossinnen kommt in regelmäßigen kurzen Zwischenräumen zusammen. Zwei von ihnen haben die Aufgabe, ein kurzes Referat über eine politische Tagesfrage, eine gegnerische Partei, Ziele der Sozialdemokratie, einzelne herausgenommene Punkte unseres Parteiprogramms, die deutsche Verfassung vor und nach der Revolution oder über eine sozialpolitische oder kommunale Frage kurz zu referieren. Die Ausführungen der Genossinnen werden dann zur Kritik gestellt. Voraussetzung ist natürlich, daß stets ein oder mehrere im sozialistischen Sinn gut vorgebildete Genossinnen oder Genossen in den Zusammenkünften die Leitung haben. Diese Art der Schulung hat den Vorzug, daß alle Teilnehmer zugleich mehr oder weniger Lernende und Lehrende sind. Stellt es sich nach Meinung der Leitung heraus, daß bei einzelnen Teilnehmerinnen Wissen und rednerische Begabung ausreichen, um in kleineren Frauenversammlungen Vorträge zu übernehmen, sollte man diese Kräfte möglichst bald und oft in allgemeinen Frauenabenden, zu denen außer den weiblichen Mitgliedern stets Gäste einzuladen sind, reden lassen. „Raß' ich, dann rost' ich“ muß unser Wahlpruch sein, das politische, volkswirtschaft-

Feuilleton

Wenn etwas ist gewalt'ger als das Schicksal,
So ist's der Mut, der's unerschütter't trägt. Gebet.

Zwei Briefe aus schwerer Zeit.

Von Charlotte Buchow.

Straußberg, den 25. November 1918.

Liebe Grete!

Nach langen bangen Monaten qualvollsten Ganges und Bangens ist endlich bei mir wieder Freude eingelehrt. Hans ist zurück! Du hast mit mir geforgt, als er nach den kurzen vier Wochen, die unserer Kriegstraumung folgten, als Freiwilliger hinauszog in den Kampf, und hast mit mir gelitten, als die furchtbare Nachricht kam: Vermißt! Diese Nächte voller Qual, diese Tage voller Unrast, voll fiebernden Sehnsens und wilden Jammers, der stete Wechsel zwischen stumpfer Ergebenheit in das graue Geschick und rasendem Aufbäumen gegen Gott und Welt, dieses Hin- und Hergerissenwerden zwischen tiefster Verzweiflung und felsenfester Hoffnung — alles liegt nun wie ein böser schwerer Traum hinter mir. Hätte ich meinen Jungen nicht gehabt, mein blondes Kerlchen, seines Vaters Ebenbild und — wie ich meinte, sein teures Vermächtnis — ich hätte diese Zeit nicht ertragen.

Wie Du weißt, hatte ich, nachdem im August vorigen Jahres meine Briefe mit dem unseligen Vermerk „Vermißt“ zurückkamen, kein Sterbenswörtchen mehr von Hans gehört. Meine Nachforschungen waren vergeblich, und der Schimmer von Hoffnung, den mir die Mitteilung seines Kameraden brachte, daß er leicht verwundet, wahrscheinlich sogar unver-

letzt in russische Gefangenschaft geraten sei, wurde verdußert durch die Vorstellung seines Leidenswegs durch die furchtbaren russischen Gefängnisse, durch die endlosen Märsche durch die eisigen sibirischen Steppen und andere Schreckbilder. Ich habe ihn für tot beweint und mich gewaltig bezwungen, um nicht mehr mit ewig hungrigen Augen dem Briefträger entgegenzusehen und um nicht bei jedem Klingelzeichen Bittern zu verspüren. Bis ich dann heute vor vierzehn Tagen im gelben Kasten die Karte mit den geliebten Schriftzügen fand. Soll ich Dir schildern, wie mir zumute war? Ach, Du fühlst es nach! Ich weinte und lachte in einem Atem, riß mein Büchchen hoch und erstickte es in Küßen und Umarmungen, bis der kleine Kerl sich energisch zur Wehr setzte. Ich las dem kleinen dummen Jungen des Vaters Karte wohl zehnmal vor, bis er mir nachsprach: Vater kommt. Die Karte war aus Riga datiert und verhiieß sein Kommen in wenigen Tagen. Wie diese Tage vergangen sind, weiß ich nicht. Ich erlebe im Denken und Fühlen immer wieder nur den einen Augenblick, als wir uns in fassungsloser, schluchzender, stammelnder Freude in den Armen hielten, als wollten wir nie wieder voneinander lassen. Bis dann der kleine Hans seine Rechte geltend machte und wir zu dritt engumschlungen auf dem Sofa saßen und nicht wußten, ob wir sprechen sollten oder ob das stille Weineinander nicht noch tausendmal süßer und schöner sei.

Nun ist Hans schon beinahe eine Woche zurück, aber ich muß mich von Zeit zu Zeit vergewissern, daß ich nicht träume. Ich rühre ihn manchmal leise und heimlich an oder laufe aus der Arbeit, um den Kopf zur Türe hineinzustrecken und ihn anzusehen.

Hans hat Furchtbares erlebt und leidet in der Erinnerung noch schwer darunter. Ich werde meine ganze Kraft aufbieten müssen, ihn die Bilder des Schreckens vergessen zu machen.

liche, soziale und kulturelle Wissen unserer Genossinnen muß vertieft, das logische Denken geschult, die Kunst der Sprache ausgebildet und ständig geübt werden. Bei dieser Arbeit sollen wir aber auch der nach Bildung und Wissen strebenden weiblichen Jugend nicht vergessen.

Das oben Gesagte ist nur ein Weg von vielen, um die jetzt vielfach so willig dargebotenen Frauenkräfte für den Dienst des Sozialismus zu schulen. Zu neuen gangbaren Vorschlägen aus dem Kreise der Leserinnen bietet unsere Zeitschrift stets gerne ihren Raum. Die neue Zeit der praktischen sozialistischen Arbeit und die zukünftigen Wahlkämpfe müssen uns gerüstet finden.

W. J.

Aus unserer Bewegung

Emilie Motteler, die Gattin unseres unvergeßlichen „Roten Postmeisters“ Julius Motteler, ist nach einer Nachricht, die uns infolge der Wirren erst jetzt erreicht, am Neujahrstag in Leipzig mit ihrem Bruder, Herrn C. Schwarz, einer Gasvergiftung zum Opfer gefallen. Sie war eine treue Gefährtin ihres Mannes auf allen Wanderfahrten, zu denen ihn der harte Dienst unserer Sache in der Zeit des Sozialistengesetzes zwang, eine gütige Helferin und treue Freundin aller, die mit ihr gleiche Not und gleiches Wollen verband. Ungezählte Parteigenossen, namentlich die älteren, die unvergeßliches Erinnern mit dem Hause Motteler verbindet, werden der trefflichen Frau ein treues Andenken bewahren.

In **Wilmersdorf** sprach am 8. Januar die Genossin Adele Schreiber über die Frauen und die Nationalversammlung. Aus der Fülle ihrer Darlegungen leuchtete wie ein roter Faden immer und immer wieder die eine Tatsache heraus: wenn die Frauen als Frauen wählen, wenn sie für ihre eigenen Interessen eintreten wollen, dann können sie nur der Sozialdemokratie ihre Stimme geben.

Schon allein dadurch, daß die Sozialdemokratie in ihrem Erfurter Programm das Wahlrecht auch für die Frauen und die Abschaffung aller Gesetze fordert, die die Frau gegenüber dem Manne benachteiligen, schon dies allein müßte genügen, um die Frauen in Scharen der Sozialdemokratie zuzuführen. Wie rechtlos war doch die Frau im alten Deutschland! Wenn der Mann sie schikanieren wollte, konnte er ihr sogar das Recht verweigern, durch irgendeine berufliche Arbeit etwas zum Unterhalt der Familie beizutragen. Sie

Meine Stellung gebe ich auf und will nun wieder ganz meiner Familie leben. Will meinem langentbehrten, vom Kriegs- und Lagerleben ungetriebenen müden Mann ein warmes, sonniges Heim bereiten und will vor allem meinem Jungen eine rechte Mutter werden. Das ist mir tausendmal wichtiger als jede politische Betätigung der Frau. Ich trage gar kein Verlangen danach, mit den Männern zur Wahlurne zu gehen. Das Frauenstimmrecht, diese herbe Frucht, die der Revolutionswind uns Frauen vor die Füße wehte, mag aufheben wer will, ich habe Besseres zu tun, als mit den Männern auf einem mir völlig fremden Gebiet zu wetteifern.

Komm bald und sieh Dir die glückliche Familie an.

Deine Johanna.

★

Berlin, den 4. Dezember 1918.

Meine liebe Johanna!

Das war wirklich eine Herzensfreude, die mir Dein Brief brachte. Auch ich kann mich der Tränen nicht erwehren, wenn ich mir Euer Wiedersehen nach so langer schmerzlicher Trennung ausmale. Ich habe die bittere Not des Scheidens und Alleinseins kennengelernt, als man meinen Mann hinaustrug auf den Kirchhof. Und wenn auch schon Jahre darüber hingingen, so blutet die alte Wunde doch bei jedem Anlaß von neuem, und wenn ich mir denke, wie es wohl gewesen wäre, wenn mir ein solches Wiedersehen mit meinem Manne beschieden gewesen wäre — doch still! man soll nichts Unerreichbares, nichts Unmögliches ersehnen. Reidlos und von ganzem Herzen freue ich mich Eures Glückes und werde bald kommen, um mich ein wenig zu sonnen. Eins nur bedrückt mich sehr — ich will es ehrlich aussprechen: es tut mir weh, daß das Glück Dich egoistisch gemacht hat, daß Du Dich Deiner Pflichten als Staatsbürgerin entziehen willst. Ich kann verstehen,

daß es Dich nicht lockt, aus dem Frieden Deines Hauses in den Streit des Tages hinauszutreten. Aber was jetzt auf dem Spiele steht, ist so ungeheuer wichtig, ist von so grenzenloser Tragweite, daß jeder einzelne — Mann und Weib — kein Bestes einsetzen muß. Es gilt des deutschen Volkes Zukunft, und das Volk — der Staat — das sind wir selber, das bist Du und ich, das ist vor allem Dein Kind. Gerade die Mütter dürfen die Gelegenheit zu werktätiger Mitarbeit beim Wiederaufbau des Staates nicht versäumen, denn sie halten in ihren Kindern ein Stück Zukunft greifbar am Herzen.

Unter Politik versteht man doch nicht allein die auswärtige Politik, dieses schwierigste Problem der Staatskunst, sondern ebenso die gesamte innere Gesetzgebung und Verwaltung. Und nun sage mir, ob es wohl ein Gesetz gibt, das Männer und Frauen nicht in gleich einschneidender Weise berührt! Denke zum Beispiel an die uns alle jetzt so brennend interessierende Ernährungsfrage, die nur in engster Verbindung mit der eigentlichen Volkswirtschaft behandelt und gelöst werden kann. Wie ungeheuer wichtig sind weiterhin die Wohnungs- und Siedlungsfrage, die Befoldungsverhältnisse in Stadt und Land, die Armenpflege und überhaupt jede Art sozialer Fürsorge!

Vor allem aber — und das möchte ich jeder Frau und namentlich den Müttern immer wieder von neuem zurufen: kümmert euch aufs eingehendste um die Fragen der Schule, um Erziehung und Unterricht, um das Gesundheitswesen und — um die Sittengesetzgebung! Denn unter diese Rubriken fallen die für die Menschheitsentwicklung in körperlicher und seelischer Beziehung wichtigsten Dinge. Ich brauche Dir nur die Stichworte zu nennen, um Deiner Zustimmung sicher zu sein. Ich frage Dich: Welcher Einfluß hatten die Frauen bisher in der Ehegesetzgebung, im Säuglings- und Jugendschutz, in der Strafreform, in den das Familienleben aufs tiefste be-

heiligt nenne ich, wenn die Mütter ihre Kinder selbst säugen, ihre Kinder lieb haben, sie belehren und aufklären. Das sind heilige Dinge, die nicht ersetzt werden können. Heilig ist, wenn sich zwei Menschen lieben, wenn eine Frau ihren Körper nur dem hingibt, den sie wirklich liebt. Die Sozialdemokratie ist auch die Partei der Mütter, denn sie ist die Partei der Kinder. Nur wenn die Sozialdemokratie in der Nationalversammlung die Mehrheit hat und dadurch zur dauernden Macht gelangt, können wir hoffen, über den jetzigen Tiefstand in verhältnismäßig kurzer Zeit hinwegzukommen. Nur durch die Sozialdemokratie werden wir zur sozialistischen Republik, das heißt zum freiesten und fortschrittlichsten Staate der Welt. Dann wird auch die Abneigung der anderen Völker gegen uns schwinden. Dann werden wir wieder als Gleiche, ja als Vorbild in die Reihe der Völker eintreten.

Heilig nenne ich, wenn die Mütter ihre Kinder selbst säugen, ihre Kinder lieb haben, sie belehren und aufklären. Das sind heilige Dinge, die nicht ersetzt werden können. Heilig ist, wenn sich zwei Menschen lieben, wenn eine Frau ihren Körper nur dem hingibt, den sie wirklich liebt. Die Sozialdemokratie ist auch die Partei der Mütter, denn sie ist die Partei der Kinder. Nur wenn die Sozialdemokratie in der Nationalversammlung die Mehrheit hat und dadurch zur dauernden Macht gelangt, können wir hoffen, über den jetzigen Tiefstand in verhältnismäßig kurzer Zeit hinwegzukommen. Nur durch die Sozialdemokratie werden wir zur sozialistischen Republik, das heißt zum freiesten und fortschrittlichsten Staate der Welt. Dann wird auch die Abneigung der anderen Völker gegen uns schwinden. Dann werden wir wieder als Gleiche, ja als Vorbild in die Reihe der Völker eintreten.

Minutenlanger Beifall dankte der Rednerin für ihren spannenden Vortrag. Es folgte eine lebhaftige Aussprache, in der unter anderem auch Genosse Lüdemann warm für die jetzige Regierung eintrat.

Kurt Heilbut.

Der einheitliche Frauennamen.

Die Sozialdemokratie hat uns das Frauenwahlrecht gebracht. Verfechterin der Gleichheit aller Staatsbürger, hat sie von jeher die Frau als ebenbürtig an die Seite des Mannes gestellt, und es war eine der ersten Taten unserer neuen Regierung, die traditionelle bürgerliche Fessel der Frau zu lösen. Ein großer, ein führender Schritt — einfach, wie alles Große und Reife; das erste öffentliche Bekenntnis echter Kameradschaft der Geschlechter, das erste Vereinen fruchtbarer Neulandes, das erkenntnischwere Enten tragen wird. Sie werden reifen und späte Geschlechter segnen. Anschauungen, Gesetze werden sich wandeln, fallen und erstehen. Das Weib, die Mutter wird reden und gehört werden.

Die Frauenwelt wird der deutschen Sozialdemokratie nie genug danken können, daß diese ihr das volle Staatsbürgerrecht geschenkt hat. Wird die Sozialdemokratie ihr auch das volle Frauenrecht schenken, ihr natürlichstes, selbstverständliches Recht, den einheitlichen Frauennamen für alle Frauen?

Die alte bürgerliche Welt hat die Frau ungerade und unwürdig behandelt. In der Not des Krieges hat sie ihre harte Arbeit zugemutet, ihre Körper- und Geisteskräfte gebraucht, ohne ihr die äußere Würde der Stellung zu verleihen. Die Frau im öffentlichen Leben hat ein Anrecht auf den schützenden Frauennamen. Im öffentlichen Leben ist sie die „Frau Beamtin“, weiter nichts. Gewiß, manches unreife Mädchen ist Beamtin geworden, aber es ist kein Lob für uns, wenn blasse, sorgenschwere Frauen und Mütter in den Bahnen, an den Schaltern mit dem geringschätzig und gedankenlos hingeworfenen „Fräulein“ angeredet werden, ein Wort, das aus unserem Sprachschatz am besten verschwände, zum mindesten aber aus dem öffentlichen Leben, anstatt dessen aber sich immer mehr einbürgert für die öffentlich tätige Frau.

Ein noch traurigeres Zeichen unserer „Kultur“ ist es, daß unsere unehelichen Mütter um ihren Frauennamen kämpfen müssen. Den unehelichen Kindern sucht man immer mehr ihr Los zu erleichtern. Wer aber denkt an die Mütter? Wer hat das Recht, ihnen den Frauennamen zu verweigern? Wer hat das Recht, zu urteilen, in ihr persönliches Erleben einzubringen? Wir sollen helfen, stärken,

helfen, aufbauen, Mütter erziehen — und verweigern ihnen den einfachsten, natürlichsten Namen, den heiligsten für alle Frauen. Das muß anders werden, und es wird erst anders, wenn alle Frauen einen Namen tragen. Dann erst wird der Frauennamen ein Schutz sein vor der unberufenen Einnischung bürgerlicher Neugier.

Das bürgerliche Gesetzbuch kennt den Begriff „Fräulein“ nicht. Es hat daher jede Frau das Recht, diese Bezeichnung abzulehnen und darauf zu dringen, daß amtliche Schriftstücke ihr auf ihren bloßen Namen ohne „schmückenden Titel“ ausgehändigt werden, eine Forderung, die überhaupt für den amtlichen Verkehr, für Ausweise, Urkunden, Unterschriften gelten sollte. Dadurch hätte schon unter der alten Regierung, die überall Gefahren und Bedenken sah, eine Vereinheitlichung für alle Frauen geschaffen und die Führung des Frauennamens im persönlichen Leben den einzelnen kampfslos überlassen werden können. Wer aber nur um dies allereinfachste Recht kämpfte, um seinen Namen ohne Titulatur, hatte mit Hohn und Verachtung, mit schmutziger Neugierde und bureaukratischem Starrsinn zu kämpfen, ein unsauberer Kampf für eine reine Frau.

Es ist eine Schande für unsere bürgerliche Gesellschaft, daß die Frau um ihren natürlichen Namen kämpfen muß; daß erst gewissermaßen verliehen wird, was niemand verleihen kann, sondern erlebt werden muß. Nicht das Gesetz, das Leben allein verleiht natürliche Rechte, und es offenbart sich jedem, wann es will.

Die Gesellschaft legt eine Ehrung in den Frauennamen. Diese Ehrung verlangen alle Bürgerinnen; ob bürgerlich oder unbürgerlich, ob durch äußere Dinge Frau oder durch die tiefsten Geheimnisse des Herzens.

Die alte Regierung hat den Bräuten, die den Bräutigam im Felde verloren, die „Erlaubnis“ erteilt, den Frauennamen zu führen. Und ich frage: Haben sie nichts geopfert, die anderen, die in stillen Klammern weinen, unbekannt der Welt und menschlichem Mitleid? Haben sie nichts geopfert, die Tausende, deren frische Jugend unfruchtbar verblühen muß, weil ein Moloch ihr Frauenglied verschlang, ehe sie es kannten? Die verborgen weinen, die verborgen blühen, bringen die schwereren Opfer.

Müde der Tag kommen, an dem keine Frau sich einer unwürdigen Anrede schämen, an dem keine mehr kämpfen muß um den einen Namen, der über alle Namen ist, der ihr von Rechts wegen gebührt und das Heiligste in sich schließt, was ein reines Frauenherz birgt.

Dieser Tag wird kommen. Heute dürfen wir hoffen. Was gestern unmöglich war, über Nacht wird es aus neuem Geiste geboren.

Dr. med. Stricker.

rührenden Fragen der Bekämpfung der Prostitution, der Geschlechtskrankheiten, des Alkoholismus? Wer fragte nach unserer Meinung in der Religion, dieser allerpersönlichsten Angelegenheit jedes denkenden Menschen? Ich will der Männer Arbeit und Verdienst gewiß nicht schmälern, aber „Mann und Weib erst machen den ganzen Menschen aus“, und darum ist es schmäherlich, daß man es jahrhundertlang fertigbrachte, die eine Hälfte der Menschheit glatt zu entmündigen.

Haben sich die Frauen durch das ständige Behaupten ihrer Unfähigkeit selbst zu diesem Glauben bekehrt? Haben sie ganz vergessen, daß ihre Urmütter im alten Germanien Priesterinnen und Seherinnen waren, deren Stimme im Thing der Männer als heilig galt? Eines jeden Volkes Schicksal liegt letzten Endes in der Hand seiner Frauen. Des sollten Männer und Frauen stets eingedenk sein! Wir gebären die Kinder, wir erziehen sie, aus unseren Händen empfängt der Staat seine Bürger. Wir schreiben die erste Schrift in das kleine Herz, wir senken das Samentorn in den Boden, auf uns also liegt die erste und schwerste Verantwortung für das, was in der Zukunft sich ausbreiten soll. Und dennoch schloß männlicher Wille bisher die Frauen von der Mittat an der Menschheit Geschick aus!

Und nun, da wir endlich berufen werden, willst Du und mit Dir die vielen, vielen tausend Gesinnungsgenossinnen aus Kurzsichtigkeit und Bequemlichkeit Dich von der Wahl und der staatsbürgerlichen Betätigung fernhalten? Das kann Dein Ernst nicht sein. Soll es vielleicht noch einmal geschehen, daß über die Köpfe der gesamten Frauenwelt hinweg die Entscheidung über Krieg und Frieden fällt? Als das Vaterland Dein Liebste forderte, Deinen Gatten, liebest Du ihn, zuden den Herzens zwar, aber doch klaglos hinausziehen in Blut und Tod. Und heute, wo es den Aufbau gilt, wo Werte geschaffen

werden sollen, die Jahrhunderte überdauern, scheust Du das ungleich kleinere Opfer an persönlicher Bequemlichkeit ans Schwächern?

Das kann, das will ich nicht glauben, oder ich müßte verzweifeln an der Frauen Sinn für Menschenwürde. Überwinde Deine Abneigung gegen die vielverlästerte Politik, nimm Dir Zeit, zu einigen Versammlungen zu gehen, und vor allem beschäftige Dich selbst aufs eingehendste mit allen Fragen, die Dein Volk angehen. Wir Frauen dürfen uns auf keinen Fall von jedem x-beliebigen Wahlredner ins Schlepptau nehmen lassen, dürfen uns auch nicht durch die Persönlichkeit des Wahlredners bestechen lassen, sondern müssen bewußt und klar das Für und Wider abwägen lernen. Mit der Zeit werden wir bei ehrlichem ernstem Wollen langsam hineinwachsen in das Wesen eines gewissenhaften Staatsbürgers und in die Aufgaben, die zu lösen sind. Auf die Frage, welcher Partei sich die Frauen in dieser für Deutschland allerhöchsten Zeit anschließen sollen, möchte ich mit den Worten einer bekannten Frauenrechtlerin antworten: „Die Echtheit einer Partei kann man an der Vergangenheit der Menschen prüfen, die in diesen Parteien Führer sind. Wer allzusehr schnell umlernte, dem ist nicht zu trauen.“

Daraus folgt ohne weiteres, daß die Frauen in diesem ersten Wahlgang ihre Stimme nur den Parteien geben, die bereits vor der Revolution für das Frauenstimmrecht eingetreten sind. Denn noch steht es durchaus nicht fest, ob wir das Frauenstimmrecht auch für die Folge behalten, oder ob man uns nicht nach der Nationalversammlung wieder heimstößt. Auf unseren Schultern also liegt die Verantwortung für die kommenden Geschlechter.

Was willst Du Deinem Kinde antworten, wenn es Dich einst fragt: Was haben die Frauen in Deutschlands Schick-

Soziale Fürsorge und Sozialdemokratie.

Von Hedwig Wachenheim.

Die Not der Besitzlosen hat manches junge Mädchen, manche Frau, die durch Berufsarbeit nicht gebunden war, dazu gebracht, ihre Zeit den Besitzlosen zu widmen. Viele der Frauen, die versucht haben, das Elend zu lindern, die Kinder der Armen, die diese nicht zu erziehen vermochten, weil es ihnen an Zeit und Raum fehlte, zu behüten, die Trinker und Verwahrlosten wieder zur Gesittung zu führen und ihre Familien zu schützen, haben in ihrer Tätigkeit nicht nur gegeben, sondern oft zum erstenmal den überwältigenden und unendliche Kräfte auslösenden Kontakt mit dem Volke gefunden.

Sie sahen die tägliche Not der ohne jeden Kapitalzins Dastehenden, wenn Krankheit sie an der Arbeit hinderte oder wenn der Arbeitsmarkt überfüllt war und Tausende nicht mehr ankommen konnten. Sie sahen das Elend kinderreicher Familien in engen Wohnungen, sahen die Jugend verwahrlosten, wenn Vater und Mutter dem Brotwerb nachgingen, sahen, daß Hunderttausende, daß Millionen leben mußten ohne die Bequemlichkeit, die sie selbst hatten, ohne die Bildung, die ihr Leben bereicherte, ohne Ruhe und Zeit, ihre Persönlichkeit auszubilden. Wie oft erdrückte die Not das Glück, das die Ehe, das die Liebe der Eltern, der Kinder, der Verwandten, der Freunde gibt; wie oft fehlte den Armen alles, was der Fürsorgerin, die sie besuchte, das Leben wertvoll machte. Und im Wunsche zu helfen, fühlte sie die Notwendigkeit, die Ursachen dieses Elends zu bekämpfen.

So wurde manche sozial höhergestellte Frau, die die Möglichkeit hatte, sich besser zu bilden und sich freier zu bewegen, eine der tätigsten Helferinnen am sozialen Hilfsdienst bei den Bestrebungen, durch den Ausbau der sozialen Gesetzgebung die arbeitenden Klassen gesunder und wirtschaftlich widerstandsfähig zu machen. Diese Tätigkeit zog sie immer mehr ins öffentliche Leben, und so sind auch die Frauen, die in der sozialen Arbeit standen, diejenigen gewesen, die alle Frauen aufriefen zur Teilnahme an der Organisation des öffentlichen Lebens, des Staatslebens. Sie erkannten die Notwendigkeit des weiblichen Einflusses auf den Aufbau des Staates. Verständnis und Unterstützung dieser Forderungen fanden sie nur bei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die, als sie zur Regierung kam, der Frau, die vorher das Recht zur positiven Mitarbeit nicht hatte, das Wahlrecht zur gesetzgebenden Nationalversammlung gab.

falsch getan? Willst Du mit niedergeschlagenen Augen gestehen müssen: Wir hatten keine Zeit, wir mußten den Kochtopf hüten? Jetzt haben wir die Macht, das Stimmrecht durchzusetzen! 23 Millionen Frauen treten zum erstenmal an die Wahlurne, es kann und darf für sie nur eine Forderung geben: das aktive und passive Frauenwahlrecht! Haben wir das erreicht, dann soll die Mitarbeit zum Wohle des Vaterlandes, zum Segen der Menschheit erst recht beginnen. Dann soll neben die Kraft und Zielsicherheit des männlichen Willens die Mütterlichkeit der Frau treten und reiche Früchte tragen! Aus unserem Schoß quillt das Leben, mit reinen Händen, reinem Herzen wollen wir es führen helfen zur Erbschaft der Ewigkeit!

In Treuen Deine Gr.

Unter feindlicher Besetzung.

Als ich meinen letzten Artikel für unser Frauenblatt schrieb, erwarteten wir hier stündlich die angekündigte französische Besetzung (Brückenkopf Mainz). In Höchst, in unserer unmittelbaren Nähe, zogen die Franzosen auch tags darauf ein. Zum allgemeinen Erstaunen ließen sie unser Ried an sich frei und besetzten nur die den Ort in zwei ungleiche Hälften teilende Nidda, ein kleines Flüsschen.

Damit kamen wir in eine Zwischmühle: diesseits der Brücke galt der Ort als besetzt, jenseits als neutral. Nachdem einige Tage für uns keinerlei Bewegungsbeschränkung eintrat, änderte sich mit einem Male die Lage ganz plötzlich. Es begann eine ziel- und planlose Diktatur bergestalt, daß jeden Tag neue Pässe und Ausweise verlangt wurden. Noch waren die ersten nicht bis zu einem geringen Bruchteil beschafft, ausgefüllt und dem französischen Kommandanten zur Unterschrift vorgelegt, da kam schon eine zweite Verordnung, die die erste umstieß und ungültig erklärte. So wurde gestern (Sonntag) der bisher neutrale andere Teil des Ortes nun auch noch besetzt und machte schon die dritte Art von Ausweisen nötig, an denen wir heute alle zusammen auf dem Rathaus kampfschaft mitarbeiteten.

Das Ziel der sozial tätigen Frauen, die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen, ist auch das Ziel der Sozialdemokratie. Ihre Arbeit gilt der Umgestaltung der sozialen Lage der Besitzlosen. Alles, was sie tat, entsprang dem Willen, die Ungerechtigkeit und die Härte, das Elend und die Not, die aus der Ungleichheit des Besitzes hervorgingen, zu beseitigen. Diesem Ziel galt die wissenschaftliche Tätigkeit ihrer Schöpfer und Führer, galten ihre Bedenken an die Arbeiter, galt ihre Tätigkeit im Staate, ihre Verbindung mit den Gleichgesinnten der anderen Völker. Solange ihr die Macht fehlte, ihren Zukunftsidealen Geltung zu verschaffen, hat sie in unermüdlicher Arbeit für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen gewirkt. Auf jedem Teilgebiet der sozialen Fürsorge war sie Vorkämpferin. Sie ist stets dafür eingetreten, daß für die durch wirtschaftliche Verhältnisse oder Krankheit in Not Geratenen ein Rechtsanspruch auf Versorgung geschaffen werden sollte. Das Selbstgefühl der Arbeiter hat das gefordert. Sie hat es gewedt, stets zur Selbsthilfe angespornt. Sie tat das nicht nur, weil sie ein berechtigtes Mißtrauen gegen die Fürsorge der herrschenden Klassen hatte, sondern weil sie die Selbsthilfe als sittlichen Faktor erkannte. In der Selbstverwaltung ihrer Organisation, in der Vertretung ihrer Interessen erzogen sich die Massen selbst. Die Sozialdemokratie ist die Helferin der Konsumgenossenschaften gewesen, durch die die Arbeiter ihre Lebensbedingungen selbst verbessern wollten. Sie ist die treueste Mitkämpferin der Gewerkschaften gewesen in den Kämpfen der Arbeiter für die Verkürzung der Arbeitszeit, für die Verbesserung der Lohnverhältnisse, den Schutz gegen die Gefahren der Arbeit. Mit stolzem Selbstgefühl haben sich die Arbeiter unter ihrer Führung gefunden. Sie hat ihnen, die bis dahin ohnmächtig ihr Los beklagten, das Bewußtsein gegeben, daß sie nicht nur für sich eintreten, sondern für ihre ganze Klasse und für die zukünftige Generation. Sie hat die Arbeiterschaft, die ausgeschloffen war von den geistigen Gütern der Nation, aufgerufen zum Kampfe für die Demokratie, für die gleichberechtigte Mitarbeit aller am Staat. So hat sie die Ideen von 1813 und 1848 weiterentwickelt und diejenigen, denen die kapitalistische Gesellschaft eine höhere geistige Bildung und die Teilnahme an ihrer Kultur versagte, zum Träger dieser Ideen im heutigen Deutschland gemacht. Sie hat erreicht, daß der Zusammenbruch des alten Deutschlands nicht zur Auflösung führte, sondern aufgefangen wurde in dem starken Willen der Arbeiterschaft, das Volk einer neuen Zukunft entgegenzuführen. Im tiefsten Elend, das ein Volk betreffen kann, erhält sie es stark, weil Zukunftsglaube die Massen erfüllt.

Tags zuvor noch sollte bis mittags 1 Uhr nach der ersten Bekanntgabe die Brücke vollständig mit Stacheldraht abgeperert und somit die andere Hälfte gänzlich abgeschnitten werden. Da Höchst es als unmöglich ablehnte, unseren abgeschnittenen Ortsteil anderweitig mitzuversorgen, blieb nichts übrig, als innerhalb weniger Stunden eine provisorische Verwaltungsstelle auf dem Papier zu entwerfen und die halbwegs geeigneten Personen damit zu betrauen.

Ein Volk nun, das solche organisatorische, jeder Lage gewachsenen Kräfte besitzt, wie sie sich da wieder einmal so glänzend in der Person unseres Lebensmittelamtsleiters bewiesen, das ringt sich aus dem wüsten Trümmerhaufen, den uns wahnwitzige weggeschleuderte Gewaltshaber hinterlassen haben, unbedingt wieder neu, um so erfahrener und gefühlter empor. Die nächtliche Lampe brannte noch in den Wintervormittag hinein, als wir wieder antraten, er aber immer noch dasah und schrieb und schrieb. Da war in dem vor ihm liegenden zehnjährigen Plane nichts, aber auch nichts vergessen, von der kaufmännischen Rechnungsführung der zu erwartenden Waren bis zu dem ebenfalls in die neue Verwaltungsstelle mitzunehmenden Stempel und Federhalter hinab.

Dann aber galt es auch für uns, zu rüsten und zu schaffen. Aus Personalarthet, Mißkartentregister und alphabetisch geordneter Reihenfolge von über tausend ärztlichen Attesten galt es in drei Stunden die Karten sämtlicher über der Brücke wohnenden Personen herauszuziehen. Dabei schwoll der Haufen bestürzter, ratloser Menschen in und vor dem Rathaus immer mehr an, die auch in unsere Samstags geschlossenen Räumlichkeiten ständig Einlass begehrten, die allgemeine gespannte Nervosität noch dauernd vermehrend. Hunderte zogen aus dem besetzten Gebiet ganz fort oder verblieben auf der bis dahin neutralen, heute nun doch auch besetzten Seite.

In drangvoll fürchterlicher Enge wollten diese vielen in ein paar Stunden ab- respektive umgemeldet werden, wobei sich die Kartoffelversorgungfrage als ein sehr schwieriges Problem erwies. Wie in ein paar Stunden die vielen eingedeckten Winterkartoffeln aus den Kellern wieder herbeischaffen, aufs neue einlagern und zurückverrechnen?

Die Sozialdemokratische Partei hat von Anfang an die Lösung der sozialen Frage nur durch die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterschaft für möglich gehalten. Um eine politische Position zu erringen, mußte sie zeigen, daß sie da war, mußte sie der Macht des Staates, an deren Bildung die Arbeiterschaft ausgeschlossen war, eine andere Macht entgegenstellen. Gestützt auf diese Macht konnte sie die volle Demokratie, die Beseitigung aller Vorrechte der besitzenden Klassen verlangen, die allein ihr die Möglichkeit zur Mitwirkung im Staate gaben. Sie hat damit nicht den Klassenkampf in das Volksleben hineingetragen, sondern nur eine Basis gesucht, auf der sie die Aussicht des Klassenkampfes, der im Wirtschaftsleben vorhanden und in der für sie nichts zu gewinnen war, zu ihren Gunsten wandeln konnte. Sie war die erklärte Feindin eines Staates, der die Arbeiterschaft so lange politisch ausschloß. Sobald sie aber politisch Fuß faßte, in die Parlamente einzog und an der Gesetzgebung teilnahm, mußte sie aus ihrem politischen Glaubensbekenntnis heraus den Staat, den sie zu erobern versuchte, befehlen. Sie hat deshalb die Mittel zu seiner Erhaltung so lange verweigert, als über ihre Beschaffung und Verwendung nur die der Arbeiterschaft im Wirtschaftsleben feindlich gesinnten Mächte ausschließlich bestimmten. Als die Arbeiterschaft durch ihren langen, schweren, energisch geführten Kampf wirtschaftlich und politisch ein Machtfaktor geworden war, hat sie die Forderungen des Staates, auf deren Bildung sie Einfluß hatte, bejaht. Ihre Stellung im Kriege war nur die logische Folge dieser Entwicklung. Im wirtschaftlichen Kampfe war die Arbeiterklasse ebenso erfolgreich wie im politischen. In fünfzig Jahren waren aus den schwachen Anfängen, aus den tastenden Versuchen starke wirtschaftliche Organisationen entstanden, die gegenüber dem einst übermächtigen Unternehmertum manchen Erfolg errungen hatten, war eine politische Partei entstanden, die, wie die letzten Wochen gezeigt haben, die stärkste und festeste in Deutschland war. Die Arbeiter waren auf dem Wege, den deutschen Staat zu erobern, und damit hatte Deutschland sie erobert. Sie verteidigten in ihm ihre Zukunft.

Eine Partei, die die Arbeiterschaft selbst aufrief zur Lösung der sozialen Frage und die sie aufrief zur Lösung auf politischem Wege, mußte die Lösung auf zwei Wegen suchen. Einmal auf dem Wege der Selbsthilfe und dann auf dem Wege der Gesetzgebung. Nicht durch Wohltätigkeit der Besitzenden sollte die Notlage der Arbeiter verringert werden, sondern auf dem Wege der wirtschaftlichen Selbsthilfe, die in den Gewerkschaften ihre Organisation fand, zwar außerhalb der Partei, aber trotz aller Differenzen von demselben

Willen zum Aufstieg getragen. Die Partei hat die politischen Kämpfe für die Gewerkschaften geführt, denn auch zum wirtschaftlichen Zusammenschluß waren gesetzgeberische Maßnahmen notwendig. Nur das freie Koalitions- und Versammlungsrecht gab überhaupt die Möglichkeit zur gewerkschaftlichen Organisation. In den Gewerkschaften kämpften die Arbeiter Schritt für Schritt den Einzelkampf gegen den Unternehmer. Sie legten gleichzeitig Unterstützungskassen für ihre Mitglieder an, für Arbeitslosigkeit, Krankheit, für die Hinterbliebenen. Unterstützung der Mitglieder mit Rat und Tat, Verbesserung ihrer Bildung war ihre Parole. In täglicher Arbeit drangen sie vorwärts. Aber sie hatten kein bestimmtes Endziel wie die politische Partei der Arbeiter. Diese forderte von Anfang an, soweit sie marxistisch gesinnt war, die Lösung der sozialen Frage durch die Politik, aber sie suchte die Lösung nicht in einer möglichst gesicherten Lebensweise der Arbeitnehmer, sondern in der Umwandlung der wirtschaftlichen Verhältnisse. „Es erstrebt die Sozialdemokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter“, hieß es 1869 in Eisenach und 1891 in Erfurt: „Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde“, mit anderen Worten: volle Teilnahme auch der Arbeiter am Ertrag der Arbeit und der Produktion. Diese Umgestaltung, die Befreiung des Proletariats bedeutet die soziale Gerechtigkeit, durch die allein die volle Auswirkung aller sittlichen Kräfte des Volkes möglich ist. „So war die Sache des Proletariats die Sache der ganzen Menschheit“, wie Lassalle sagte im Arbeiterprogramm, mit dem er sich an die Arbeiter wandte mit den Worten: „Sie sind in der glücklichen Lage, daß dasjenige, was Ihr persönliches Interesse bildet, zusammenfällt mit dem zukünftigen Pulsschlag der Geschichte, mit dem treibenden Lebensprinzip der sittlichen Entwicklung.“

Diese Auffassung des sittlichen Berufes hat dem Proletariat, hat der Sozialdemokratie, der Trägerin dieser Auffassung, die Stärke gegeben, trotz aller Gegnerschaft auch in Zeiten rückwärtsloster

Häufen von Männern stehen aufgeregt vor dem Rathaus, weil man ganz plötzlich ohne irgendwelche vorherige Andeutung die Grenze verschoben und damit den in Höchst beschäftigten Arbeitern den Zugang zu ihrer Arbeitsstätte möglich gemacht, dafür aber die in Frankfurt und Griesheim beschäftigten Personen abgeschnitten hat. Ganz sinn- und zwecklos. Bei den wirtschaftlichen Beziehungen zu diesen Plätzen sind dadurch Tausende von Menschen arbeitslos geworden.*

Und immer neue Scharen Auswandernder kamen die Landstraße von Höchst her. In der Hauptsache wehrpflichtige junge Leute, jedoch auch vielfach ganze Familien zu Fuß und Wagen, schwer beladen und bepackt. Die meisten trieb die Furcht von hinnen, daß sie interniert werden könnten; hartnäckig erhalt sich nämlich das Gerücht, zum Wiederaufbau der zerstörten Teile von Nordfrankreich und Belgien würden ausschließlich Deutsche herangezogen.

Welche ungezählte Werte und Summen an Transportkosten, Verlust, Beschädigung und allen unvermeidbaren Zwischenfällen bei diesem überstürzten Auswandern verlorengehen, ist gar nicht zu schätzen, und das willkürliche Abschneiden der Arbeiter von ihren auswärtigen Arbeitsstellen, welchen Zuständen soll dies entgegen-treiben? Raft- und ratlos eilen die Großen weiter, und ängstlich verschüchtert lauern die Kinder auf den Leiter- und Breitschienenwagen inmitten des notdürftig verstanten Hausrats.

Und doch ist dies alles das Schlimmste nicht. Steht man so am Fenster und sieht dem zu, muß sich da einem nicht das Herz zusammenkrampfen bei der Vorstellung an die Schreden des eigentlichen Krieges in den davon betroffenen unglücklichen Ländern? Wo vielleicht eine Frau in den letzten Tagen der Schwangerschaft umherging oder in den schwersten Geburtswehen kreischte? Wo sie mit ihrem Säugling hilflos dalag und alle anderen flüchteten vor dem schrecklichen Donner immer näher rüdender Kanonen? O, daß man doch Flammenschriften gegen den Krieg hätte und sie vor den Augen der kommenden Geschlechter aller Völker ewig glühend-mahnend erhalten könnte! Diese Tage werden uns auf ewig in Erinnerung bleiben.

* Neuerdings hat man die Arbeiter aus dem besetzten Gebiet herausgelassen, wenn sie zwei bestimmte Züge benötigen und Pässe haben.

Jedem einzelnen schneiden diese Dinge ins Herz, drücken und bedrängen ihn und legen ungezählte Kräfte und jetzt bitter notwendige Bestrebungen lahm. Unsere ganze so hoffnungsvoll begonnene Wahlbewegung wird erstikt und geheimt; auch ich werde für unsere Frauenzeitung allem Anschein nach wohl längere Zeit nichts mehr schreiben können, denn unter der Postzensur der Franzosen darf nichts ins neutrale Gebiet; politische und solche Dinge, wie vorstehend geschildert, erst recht nicht. Auch diese Zeilen schon werden von einem Auswandernden, der nicht mehr hierher zurückkehrt, mit über die Abspernung hinausgeschmuggelt und in Frankfurt a. M. zur Post gegeben.

Aber wir lassen den Kopf deswegen nicht hängen, wir sind ja den Kampf auf alle Arten gewohnt; da erkennt man erst einmal das Recht der Freiheit in seinem vollen Werte. Auch diese Leidenszeit wird vorübergehen, und dann: Auf Wiedersehen in neuer, frischer Tätigkeit!
Marie Schleeß.

Welt und ich!

Im großen ungeheuren Ozeane
Willst du, der Tropfen, dich in dich verschließen?
So wirst du nie zur Perle' zusammenschließen,
Wie dich auch Fluten schütteln und Orkanen!

Nein! Öffne deine innersten Ozeane
Und mische dich in Leiden und Genießen
Mit allen Strömen, die vorüberfließen;
Dann dienst du dir und dienst dem höchsten Plane.

Und fürchte nicht, so in die Welt versunken,
Dich selbst und dein Urignes zu verlieren:
Der Weg zu dir führt eben durch das Ganze!

Erst wenn du lähn von jedem Wein getrunken,
Wirst du die Kraft im tiefsten Innern spüren,
Die jedem Sturm zu stehn vermag im Tanze! Fr. Hebbel.

Unterdrückung und Belämpfung zu ihrer Sache zu stehen. Wie eine neue Religion hat diese Auffassung die Massen erfüllt, die sich als „der Fels“ fühlte, auf dem die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll.“
(Fortsetzung folgt.)

Gefährliche Wünsche.

Mit Wehmut wird manche Hausfrau der guten alten brot- und fleischmarktfreien Zeit gedenken, wo man in jeden Laden gehen und wenigstens so viel kaufen konnte, als der Geldbeutel es zuließ. Die ganze Marktwirtschaft wird von der Hausfrau desto mehr zum Teufel gewünscht werden, als sie trotz aller Lausereien und Scherereien für die Marken nicht so viel erhält, daß sie sich und die Ihrigen sattmachen kann.

Die begreifliche Mißstimmung der Bevölkerung über die heutigen Verhältnisse suchen sich gewisse Leute nutzbar zu machen, die dem deutschen Volke einreden wollen, daß es eigentlich viel besser daran wäre, wenn der Staat sich nicht soviel in das Wirtschaftsleben einmischte und dem freien Handel wie im Frieden die Versorgung der Bevölkerung überlasse. Würden aber die Wünsche dieser schlauen Herrschaften erfüllt, so wäre damit nur den Erzeugern und Händlern ein Gefallen getan, die die Kriegskonjunktur noch mehr zur Füllung ihrer Geldbeutel ausnützen möchten, als ihnen das heute möglich ist; die Massen der Verbraucher aber würden schwer geschädigt. Bei dem durch den Krieg hervorgerufenen Mangel an Rohstoffen und Nahrungsmitteln müßte der — freilich nur sehr unvollkommen gelungene — Versuch gemacht werden, das Vorhandene gleichmäßig zu verteilen. Bei völliger Handelsfreiheit hätte die Nachfrage der Wohlhabenden, die um jeden Preis die gewohnte Lebenshaltung hätten fortsetzen wollen, die Preise aller Nahrungsmittel ungeheuer in die Höhe getrieben, und die Minderbemittelten hätten auch das Notwendigste nicht kaufen können. Die Probe aufs Exempel ist dort gemacht, wo die Nationierung trotz des Mangels fehlt oder noch schlechter durchgeführt wird als bei uns, so zum Beispiel in Osterreich, wo man zwar für schweres Geld schließlich alles haben kann, aber in manchen Gegenden die breiten Massen ganz entsetzlich leiden müssen.

Natürlich verlangen die Kreise, die mit dem Eingreifen des Staates während des Krieges unzufrieden sind, erst recht, daß nach Schluß des Krieges alle staatlichen Beschränkungen der wirtschaftlichen Freiheit verschwinden, sie behaupten, nur dann könne das deutsche Volk die schweren Verluste des Krieges recht schnell überwinden. Diese Bestrebungen sind eine schwere Gefahr für die breiten Massen. Wir können leider nicht hoffen, daß all die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die uns der Krieg gebracht hat, nachher bald wieder verschwinden werden. Der Mangel wird noch lange nach dem Kriege bei den Völkern und besonders bei dem deutschen Volke zu Gast sein.

Vor dem Kriege bezogen wir bekanntlich einen großen Teil unserer Nahrungsmittel und der Rohstoffe für die Industrie aus überseeischen Ländern. Nach Friedensschluß wird es uns, selbst wenn uns unsere jetzigen Gegner keine Schwierigkeiten machen, nicht möglich sein, schnell wieder so viel Waren herinzubekommen wie früher. Einmal weil an vielen Waren, die wir dringend brauchen, wie zum Beispiel an Baumwolle, auf dem Weltmarkt Mangel herrscht, und weil uns zunächst nicht so viel Schiffe zur Verfügung stehen werden wie ehemals. Der private Handel fragt aber nicht danach, was das Volk am notwendigsten braucht, sondern wie er am leichtesten möglichst viel Geld verdienen kann, und so kann es, wenn der Staat den Dingen freien Lauf läßt, passieren, daß in großen Mengen weniger notwendige Dinge, wie Kaffee, Tee und Kakao, eingeführt werden, während für andere viel dringender gebrauchte nicht genügend Schiffsraum übrigbleibt.

Noch aus einem anderen Grunde wäre es für die Massen der Verbraucher verhängnisvoll, wenn der Staat Erzeuger und Händler völlig frei walten ließe, solange noch Mangel an Nahrungsmitteln herrscht. Es würden dann die Fleischpreise ungeheuer steigen, weil die Besitzenden ihre Friedens-

gewohnheiten wieder aufnehmen würden. Das aber müßte zu einer starken Vermehrung des Viehstandes führen, etwas, was zunächst nach dem Kriege wird verhindert werden müssen, soll die Nahrungsmittelnot für die breiten Massen nicht unerträglich werden; denn dann würden große Mengen für die menschliche Ernährung notwendiger Nahrungsmittel wie Getreide und Kartoffeln verfüttert, und in dem Fleisch und Fett der Tiere erscheinen nur etwa 20 Prozent des Nährwerts der verfütterten Nahrungsmittel wieder, 80 Prozent gehen verloren, so daß die Gesamtmenge der für die Volksernährung zur Verfügung stehenden Nährwerte stark vermindert wird.

Zu dem starken Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen wird sich auch voraussichtlich eine große Knappheit an Kleinwohnungen gesellen. Viele heimkehrende Krieger werden nur schwer eine Wohnung finden können. Das würde aber die Wohlhabenden und besonders die Kriegsgewinnler nicht abhalten, sich, wenn es ihnen erlaubt wird, prunkvolle Villen bauen zu lassen. Es wäre geradezu ein Verbrechen am deutschen Volke, wenn nicht durch staatlichen Nachspruch die Verwendung von Materialien und Arbeitskräften zu Luxusbauten verhindert wird, solange der Bedarf an Kleinwohnungen nicht gedeckt ist.

Das sind nur einige Beispiele, deren Zahl sich leicht vermehren ließe, die aber schon genügend zeigen, welche Gefahren mit der völligen Wiederherstellung der sogenannten freien Wirtschaft verbunden sind.

Und dann: hatten wir denn vor dem Kriege wirklich allenthalben völlige wirtschaftliche Freiheit für jedermann? Und würde überall das freie Spiel der Kräfte einsetzen, wenn der Staat auf jeden Eingriff in das Wirtschaftsleben verzichtete? Davon kann gar keine Rede sein. Gerade in den wichtigsten Wirtschaftszweigen (zum Beispiel bei der Kohle, beim Eisen) wurde schon vor dem Kriege die Erzeugung zum großen Teil von verhältnismäßig wenigen eng miteinander verbundenen Unternehmungen beherrscht, die, da sie sich untereinander keinen Wettbewerb machten, die Massen der Verbraucher durch hohe Preise ausbeuten konnten. Der Zusammenschluß unserer großen Unternehmungen ist durch den Krieg noch vielfach gefördert worden. Ein Verzicht des Staates auf jede Einmischung bedeutete, daß die breiten Massen wehrlos der Auswucherung durch diese übermächtigen Monopolorganisationen ausgeliefert würden. Aber ein sehr energisches Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsleben ist vor allen Dingen auch deshalb nötig, weil die „freie Wirtschaft“ sehr verschwenderisch mit den vorhandenen Arbeitskräften umgeht, wovon uns jeder Gang durch die Straßen überzeugen kann. Wir sehen da, daß viel mehr Läden da sind, als nötig wären, um den Bedarf der Bevölkerung zu decken, und dadurch viele tausende Arbeitskräfte unnütz verzettelt werden, die irgendwo anders zu nützlicher Arbeit verwendet werden könnten. Und alle paar Jahre erleben wir es, daß infolge des Mangels einer zweckmäßigen Organisation im Wirtschaftsleben hier oder dort mehr Waren hergestellt waren, als abgesetzt werden konnten, daß dann eine verheerende Krise verbunden mit großer Arbeitslosigkeit eintrat und Tausende notleidenden mußten, nicht weil Mangel, sondern weil Überfluß an Gütern vorhanden war.

Im Interesse der breiten Massen liegt es, daß die öffentliche Gewalt nicht weniger, sondern viel mehr in das Wirtschaftsleben eingreift, als das bisher geschehen ist, einmal, um die Verbraucher vor rücksichtsloser Ausbeutung zu schützen, dann aber, damit die vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte an der richtigen Stelle und so zweckmäßig wie möglich verwendet werden. Nur dann kann das deutsche Volk hoffen, daß es sich von den schweren Wunden, die der Krieg ihm geschlagen hat, recht bald wieder erholen kann.

Max Sachs.

Dem Augen Schützen gleicht der höhere Mensch. Verfehlt dieser sein Ziel, so wendet er sich ab und sucht die Ursache seines Fehlschusses in sich selbst.
Konfuzius.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Marie Juchacz, Berlin SW 68.
Druck und Verlag von J. S. W. Metz Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.